



Autor: dpa
Rubrik: Home
Weblink: <https://www.berliner-zeitung.de/wirtschaft-verantwortung/haseloff-fordert-faire-verteilung-der-stromnetzentgelte-li.388681>

Mediengattung: Online News
Visits (VpD): 0,116 (in Mio.)

Haseloff fordert faire Verteilung der Stromnetzentgelte

Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff hat eine faire Verteilung der Netzentgelte für Stromverbraucher gefordert. Es dürften nicht die Unternehmen...

Leipzig-Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff hat eine faire Verteilung der Netzentgelte für Stromverbraucher gefordert. Es dürften nicht die Unternehmen in Regionen benachteiligt werden, in denen es einen besonders starken Ausbau der erneuerbaren Energien gibt, sagte der CDU-Politiker zum Auftakt des Ostdeutschen Energieforums am Mittwoch in Leipzig. Sachsen-Anhalt gehöre beim Ausbau der erneuerbaren Energien nach wie vor zu den Vorreitern. Dies müsse sich auch preislich niederschlagen.

Auf dem Ostdeutschen Energieforum diskutieren bis Donnerstag 400 Vertreter von Politik, Wissenschaft, Energiewirtschaft und ostdeutschem Mittelstand über Lösungen zur Umsetzung der Energiewende. Das Forum ist seit 2012

Denkfabrik und Expertenforum zur Energiewende und beleuchtet die spezifischen Herausforderungen Ostdeutschlands in diesem Prozess.

Der Präsident des Unternehmerverbandes Brandenburg-Berlin, Burkhardt Greiff, forderte in einer Mitteilung einen reduzierten Strompreis nicht nur für energieintensiven Leuchttürme. „Die Unternehmen in Ostdeutschland, 80 Prozent der Firmen haben nicht mehr als 20 bis 30 Beschäftigte, brauchen einen Mittelstandsstrompreis“.

Zum Auftakt sprach Haseloff mit Experten über die zukünftige Energieversorgung der mittelständischen Wirtschaft. Zudem diskutierte Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) mit Vertretern aus der Energie- und Automobilbranche über die Möglichkei-

ten wie die Produktion der Energiewendetechnologien gestärkt und beschleunigt werden können. Vor dem Tagungsort hatten am Mittwoch Aktivisten vom Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) Sachsen demonstriert. Nach eigenen Angaben wollten sie auf den mangelhaften Ausbau der erneuerbaren Energien im Freistaat Sachsen aufmerksam machen. Zudem forderten sie einen beschleunigten Ausstieg aus der Braunkohle, der die international rechtsverbindliche 1,5-Grad-Grenze des Pariser Klimaabkommens beachte. Dies bedeutet eine maximal verbleibende Braunkohle-Fördermenge im Lausitzer Revier von 205 Millionen Tonnen.

Wörter: 266